

Zentralbankunabhängigkeit und Geldpolitik in Südkorea

Bernhard Seliger

1 Einleitung

Die Geldpolitik war eines der umstrittensten Gebiete der Wirtschaftspolitik während der Finanz- und Wirtschaftskrise von 1997/98 in Südkorea. Nach dem Absturz der Währungen der südostasiatischen Länder, beginnend mit Thailand im Juli 1997, kam ab Herbst 1997 auch die südkoreanische Währung Won unter Druck. Nach dem Absturz des Wechselkurses des südkoreanischen Won auf etwa die Hälfte stand die Geldpolitik vor einer schwierigen Aufgabe (vgl. Chopra et al. 2001: 20-26). Einerseits waren die hoch verschuldeten *chaebôl* und ihre mittelständischen Zulieferer an niedrigen Zinsen interessiert. Andererseits war ein Großteil der Verschuldung in Auslandswährung aufgenommen worden, sodass der Absturz des Wechselkurses ein großes Problem bei der Zinsbedienung und Tilgung darstellte. Die mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) abgestimmte Politik der hohen Zinsen wurde teilweise heftig kritisiert und als Auslöser der schweren Rezession von 1998 bezeichnet. Andererseits wurde das Ziel der Zinspolitik, nämlich die Wiederherstellung des Vertrauens in den Won, erreicht, und schon Mitte 1998 lagen die Zinsen unter dem Niveau vor Krisenbeginn.

Neben der Änderung und Koordinierung der Geldpolitik mit dem IWF kam es auch zu institutionellen Änderungen im Finanzsektor und in der Geldpolitik. Dazu gehört insbesondere die komplette Überarbeitung des Zentralbankgesetzes (Bank of Korea Act), die Ende Dezember 1997 zur Unabhängigkeit der Zentralbank führte. Die Unabhängigkeit der Zentralbank war kein neues Thema in Südkorea. Bereits 1949 hatten auf Einladung der Regierung zwei US-amerikanische Experten ein Zentralbankgesetz entworfen, in dem die Unabhängigkeit der Zentralbank festgeschrieben wurde. Allerdings wurde diese Unabhängigkeit in der Praxis nie honoriert und nach dem Militärputsch im Jahr 1962 formal abgeschafft. Das Konzept der Zentralbankunabhängigkeit ist ein Konzept der Wirtschaftspolitik, das aus der Debatte um die Wirtschaftspolitik in den westlichen Industriestaaten entstand (Hetzel 1990). In Südkorea waren dagegen der Finanzsektor und die Geldpolitik immer von der Regierung kontrolliert. Die Geldpolitik hatte die Wachstumspolitik zu akkommodieren, der Bankensektor war staatlich, und auch nach der Entstaatlichung Anfang der 80er-Jahre wurde die Kreditvergabe politisch kontrolliert (vgl. Cho und Kang 1999). Im Zuge der Demokratisierung Ende der 80er-Jahre kam es zu einer erneuten Debatte um die Unabhängigkeit der Zentralbank. Allerdings setzte sich wiederum das Finanzministerium mit der Beibehaltung des Status quo durch, und Maxfield (1997: 120) bemerkte treffend:

As suggested by the forced resignation in 1993 of Sun Cho, one of Korea's most widely respected and powerful central bank governors, the Korean central bank is likely to continue in its current subservient position until the nation's international economic position deteriorates significantly and/or the country finds itself with a well-institutionalized democracy.

Erstere Situation trat im selben Jahr, 1997, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Noch vor dem Ausbruch der Krise, im Sommer 1997, hatte es Reformvorschläge zur Erhöhung der Zentralbankunabhängigkeit gegeben, die aber unter der Regierung von Kim Young-sam wegen starker bürokratischer Opposition aufgegeben wurde (Haggard 2000: 57-58). Die Änderung, die dann im Verlauf der Krise zusammen mit dem IWF beschlossen wurde, führte zu einem Zentralbankgesetz, das Preisstabilität als wichtigstes Ziel der Zentralbank bestimmt, die Unabhängigkeit der Zentralbank von der Regierung festschreibt und damit fast wörtlich mit Formulierungen der Unabhängigkeit bei der Deutschen Bundesbank oder der Europäischen Zentralbank übereinstimmt. Doch hat sich mit der Veränderung des Gesetzestextes tatsächlich auch eine Veränderung der südkoreanischen Geldpolitik ergeben? Diese Frage soll im Folgenden untersucht werden. Zunächst erfolgt ein Rückblick auf die historische Diskussion um die Unabhängigkeit der Bank of Korea (Abschnitt 2). Im dritten Abschnitt werden die Reform der Geldordnung sowie die Geldpolitik nach der Finanzkrise von 1997 dargestellt, gefolgt von einem kurzen Ausblick.

2 Die Stellung der Bank of Korea (BOK) und die koreanische Geldpolitik – ein kurzer Rückblick

Die Geschichte des modernen koreanischen Zentralbankwesens beginnt mit Beginn der japanischen Kolonialzeit, als im Juli 1909 ein Abkommen zwischen dem koreanischen Kaiserreich und dem japanischen Generalresidenten die Errichtung der Bank of Korea (*Hanguk Uenhaeng*) beschloss und damit die private japanische Daiichi Bank diese vorher ausgeübte Rolle verlor. Während der japanischen Kolonialzeit von 1910 bis 1945 wurde die Bank seit 1911 unter dem Namen Bank of Chosun (der offizielle damalige Name für Korea) geführt, und auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit fungierte die Bank of Chosun als Zentralbank, konnte die Inflation in der chaotischen Nachkriegszeit aber immer weniger kontrollieren. Ab 1947 wurde ernsthaft über die Reorganisierung der Zentralbank nachgedacht. 1949 wurden nach ersten Entwürfen eines neuen Zentralbankgesetzes zwei US-amerikanische Experten eingeladen, eigene Vorschläge zu machen. Trotz Widerständen des Finanzministeriums wurden diese Vorschläge am 14. März 1950, kurz vor Ausbruch des Korea-Krieges, als „Bank of Korea Act“ Gesetz.¹

Das Gesetz sah die Rolle der Zentralbank in der Geldausgabe und -politik, als Bank der Banken, als Bank der Regierung und als Regulierungsinstanz des Finanz-

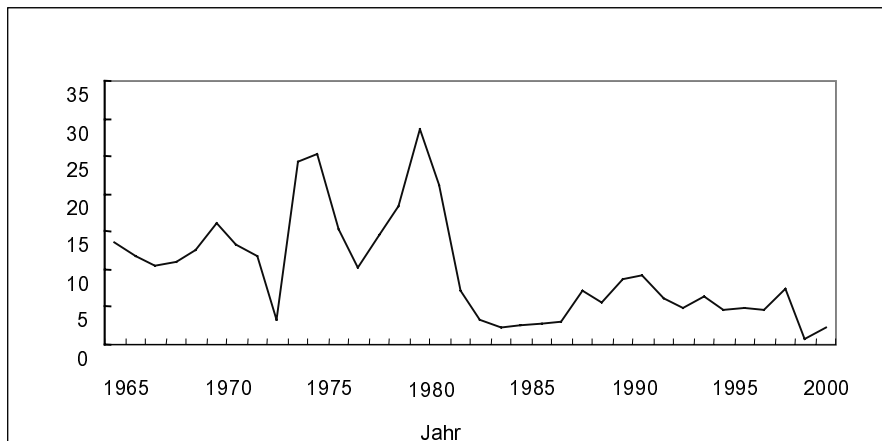
¹ Die beiden US-amerikanischen Experten waren Arthur I. Bloomfield und John P. Jensen von der Federal Reserve Bank of New York. Zur Geschichte der Bank siehe Bank of Korea (2000: 9-13), Lee (1991: Kapitel 2), Kim (1965: Kapitel 3 und 4).

sektors sowie als Manager der offiziellen Reserven vor. Die Geldpolitik wurde von einem Monetary Policy Committee (Zentralbankrat) entschieden, dem per Amt der Finanzminister als Vorsitzender, der Präsident der Zentralbank sowie fünf weitere Mitglieder angehörten, von denen je einer vom Minister für Planung und vom Landwirtschaftsminister vorgeschlagen wurden, zwei aus dem Finanzsektor und einer von der Industrie- und Handelskammer. Die Zentralbank war damit in der Formulierung der Geldpolitik zwar eng mit der Regierung verbunden, aber dennoch unabhängig und nicht von der Regierung dominiert.

Doch bereits nach kurzer Zeit kam es zu Konflikten zwischen der Zentralbankleitung und der Regierung. Während der semiautoritären Regierung von Rhee Syngman waren diese Konflikte durch die Versuche der Regierung bestimmt, die Zentralbank zur Finanzierung der eigenen (Liberalen) Partei zu missbrauchen und Finanzskandale in dieser Partei zu vertuschen. Während der kurzen demokratischen Übergangszeit unter Chang Myong (1960-1961) hörten die Konflikte von Regierung und Zentralbank nicht auf, und zwei Zentralbankpräsidenten traten nach Konflikten mit der Liberalen Partei zurück. Nach dem Militärputsch von 1961 wurde am 24. Mai 1962 ein neues Zentralbankgesetz erlassen, das in den Grundzügen bis zur Reform von 1997 weiterbestand und das die wirtschaftspolitische Wirklichkeit in Südkorea unter der Entwicklungsdiktatur von Park Chung-hee besser widerspiegelte. Danach wurde die Anzahl der Mitglieder des Zentralbankrats auf neun erweitert, von denen nun fünf von der Regierung ernannt wurden, die gleichzeitig mit dem Finanzminister weiterhin den Vorsitz stellte – die Anzahl der regierungsunabhängig vorgeschlagenen Mitglieder wurde auf zwei reduziert. Die Rolle des Monetary Policy Committee wurde von der Formulierung der Geld-, Kredit- und Währungspolitik auf die Ausführung der Geld- und Kreditpolitik beschränkt. Die Währungspolitik wurde danach von der Regierung durchgeführt. Eine noch klarere Unterordnung der Zentralbank ergab sich durch das neu eingeführte Recht der Regierung, durch den Finanzminister ein Veto bei geldpolitischen Entscheidungen einlegen zu können und selber die endgültige Entscheidung zu treffen.

Nach 1961 setzte eine lange Phase des hohen Wachstums in Korea ein, die allerdings gleichzeitig von relativ hoher Inflation gekennzeichnet war, die von 1961 bis 1991 bei den Verbraucherpreisen durchschnittlich 12,2 Prozent betrug.

Bei der Entwicklung der Inflation in Südkorea lassen sich mehrere Phasen unterscheiden: In den 60er- und 70er-Jahren lag die Inflation mit einer Ausnahme (1973) immer höher als zehn Prozent, dazu kamen die beiden Ölpreisschocks, die für das von Energieeinfuhren abhängige Land bedeutsam waren und die Inflation auf über zwanzig Prozent trieben. Nach den politischen Wirren nach der Ermordung von Park Chung-hee 1979 kam es zunächst zu einer Konsolidierung bis Mitte der 80er-Jahre. Ende der 80er-Jahre stieg die Inflation wieder an, als die Demokratisierung und Legalisierung der Gewerkschaften mit Lohnerhöhungen einherging, die weit über dem Produktivitätsfortschritt lagen. Bis 1997 betrug die Inflation dann um die fünf Prozent. 1997, das erste Krisenjahr, brachte mit der starken Abwertung des südkoreanischen Won auch Preissteigerungen um 7,5 Prozent, danach fiel die Inflationsrate auf historisch niedrige Werte.

Abbildung 1: Inflation in Südkorea 1965-2000 (in %)

Quelle: BOK.

Obwohl die geldpolitischen Institutionen in der Zeit von der ersten Revision des Zentralbankgesetzes 1962 bis zur sechsten Revision 1997 stabil blieben, kam es doch in dieser Zeit zu wichtigen Veränderungen durch die Entwicklung des südkoreanischen Finanzsektors. Zunächst waren alle Banken staatlich und unterstützten den Staat bei der Vergabe politischer Kredite. Ausländische Kreditinstitute wurden zugelassen, um insbesondere währungspolitische Transaktionen durchzuführen. Nachdem die Kreditlenkung in die Schwerindustrie und Chemieindustrie zu makroökonomischen Ungleichgewichten geführt hatte und im Zusammenhang mit der Ermordung Park Chung-hees sowie dem zweiten Ölpreisschock eine Stagflation mit gleichzeitigen Zahlungsbilanzproblemen auftrat, änderte sich allmählich die Einschätzung der Möglichkeiten des staatlichen Dirigismus (Bank of Korea 2000: 185). Es kam zu einer Deregulierung des Finanzsektors sowie zur Privatisierung der meisten Banken. Allerdings wurden immer noch politische Kredite vergeben. Selbst nach der Demokratisierung von 1987 sorgte die personelle Verflechtung von Finanzsektor und staatlichen Behörden für eine indirekte Lenkung der Kreditvergabe.

Die Demokratisierung brachte auch eine erneute Debatte um die Unabhängigkeit der Zentralbank. Die Zentralbankleitung sah in einer von der Regierung unabhängigen Zentralbank eine notwendige Ergänzung zu einer demokratischen Regierung. Allerdings war weder bei den politischen Parteien noch bei den Angestellten der BOK der Wunsch nach Veränderungen stark, sodass sich das Finanzministerium schließlich mit seiner Ablehnung durchsetzen konnte (Maxfield 1994: 115-119). Während der Regierung von Kim Young-sam (1993-1997) wurde die Liberalisierung und Deregulierung des Finanzsektors fortgesetzt. Dabei kam es allerdings zu dem Problem, dass sowohl im Bankensektor wie auch im Firmensektor mangelnde

Standards der Kreditvergabe eine Verschuldung begünstigten, die 1997 zum Zusammenbruch einiger der großen *chaebôl* führte und damit zum Auslöser der Finanzkrise wurde. Die Bankenaufsicht stellte sich nach der Liberalisierung und Deregulierung als mangelhaft dar, und die Rolle der Bank of Korea in der Finanzkrise war heftig umstritten (vgl. *Chosun Ilbo* 1997; Kim 1999).

3 Geldordnung und Geldpolitik in Südkorea seit 1997

Als ein Teil des unter Federführung des IWF erarbeiteten Krisenprogramms von 1997 wurden das Zentralbankwesen sowie die Aufsicht des Finanzsektors in Südkorea neu geordnet. Wie bereits oben erwähnt, waren Vorschläge der südkoreanischen Kommission zur Finanzreform der Regierung Kim Young-sam auf starken Widerstand gestoßen, dann aber mit den IWF-Beistandskrediten am 3. Dezember 1997 und am 24. Dezember 1997 mit einer Reihe von Konditionen zur Reform der Geldpolitik und des Finanzsektors verbunden. Dazu gehörte zuallererst die Revision des Zentralbankgesetzes, die noch Ende 1997 beschlossen wurde (vgl. Bank of Korea 2000: 27-34). Die BOK wurde unabhängiger von der Regierung, und Preisstabilität wurde als ihr oberstes Ziel festgelegt. Die wichtigsten Änderungen sind in Tabelle 1 dargestellt.

Der Gedanke, dass eine unabhängige Notenbank besser als eine von der Regierung abhängige Notenbank die Geldwertstabilität garantieren kann, ist nicht neu und stand bei einer Reihe von Zentralbankgesetzen Pate, z.B. in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Ordo-Liberalen dem „Grundgesetz“ der Marktwirtschaft, dem funktionierenden Preismechanismus, zu seiner Sicherung den Primat der Geldpolitik zur Seite stellten (Eucken 1952). Dadurch lässt sich auch die Unabhängigkeit der Zentralbank ableiten (vgl. Dehay 1995). Das Interesse an der Unabhängigkeit der Zentralbank gewann einen großen Aufschwung durch das Ende des Bretton-Woods-Systems, die Debatte um die Einführung einer europäischen Währung sowie die Neuordnung der Geldpolitik in den ehemals sozialistischen Staaten. Empirisch haben viele Studien einen Zusammenhang von einem hohen Grad an Zentralbankunabhängigkeit und einer niedrigen Inflationsrate festgestellt.² In Südkorea hat sich durch die Änderung des Zentralbankgesetzes ein hoher Grad an Zentralbankunabhängigkeit ergeben (siehe auch Anhang).

² Siehe die Übersichten bei Eijffinger und De Haan (1996), Solveen (1998: 26), Botzenhardt (2000: 55-56) und die Diskussion bei Cukierman, Webb und Neyapti (1993), Cargill (1995), Haan und Kooi (1997), Kissmer und Wagner (1999) sowie Borrero (2001). Zu Messkonzepten siehe den Anhang sowie Alesina und Summers (1993), Eijffinger und Schaling (1995), Neumann (1996), Fujiki (1996), Eijffinger und Hoogduin (1998), Blinder (1998), Sergi (2000) und Botzenhardt (2001) sowie Dvorsky (2000) zu Transformationsstaaten.

Tabelle 1: Die Änderungen des südkoreanischen Zentralbankgesetzes vom 31. Dezember 1997

Elemente der Geldordnung	bis 1997	ab 1998
Ziel der Geldpolitik	Stabilisierung des Geldwerts und Erhaltung eines gesunden Geld- und Kreditsystems	Preisstabilität
Zentralbankrat	9 Mitglieder, davon 2 regierungsunabhängig	7 Mitglieder, davon 4 regierungsunabhängig
Vorsitz des Zentralbankrats	Finanzminister	Präsident der BOK
Geldpolitik	unbestimmt	jährliches Inflationsziel (<i>inflation targeting</i>)
Konflikte in der Geldpolitik	Vorrang für die Regierung	Vorrang für die BOK
Bankenaufsicht	Bankenaufsicht Teil der BOK	Bankenaufsicht durch den Financial Supervisory Service (FSS)
Rechenschaftspflicht	unbestimmt	jährliche Berichte der BOK für das Parlament sowie Rechenschaftspflicht des Zentralbankpräsidenten
Interne Organisation	überwacht vom Finanzministerium; kontrolliert vom Rechnungshof; Änderungen der Satzung zustimmungspflichtig	kontrolliert vom Rechnungshof (Board of Audit and Inspection); Satzungsänderungen autonom

Quelle: Erstellung B.S. nach Bank of Korea (2000: 31-34).

Die geld- und währungspolitische Situation am Ende des Jahres 1997 war durch folgende Krisensymptome gekennzeichnet:

- Die Währungsreserven sanken kontinuierlich auf einen Tiefpunkt im November 1997.
- Der südkoreanische Won verlor drastisch an Wert (über 40 Prozent).
- Das südkoreanische Länderrisiko (*sovereign rating*) wurde heruntergestuft.
- Die letzten beiden Faktoren machten die Rückzahlung von Krediten, die häufig in Auslandswährung aufgenommen wurden, für viele der überschuldeten *chaebôl* unmöglich. Bei den Banken stieg der Anteil der nicht bedienten Kredite von 3,1 Prozent im Dezember 1996 auf 10,2 Prozent im Juni 1998.

- Der Aktienmarkt brach zusammen, die Kurse sanken um über 30 Prozent.
- Die Verlängerung von Krediten wurden wegen des Vertrauensverlustes der ausländischen Anleger schwieriger. Dies war insbesondere deshalb ein Problem, weil viele der Kredite kurzfristig waren.
- Ein wachsendes Defizit der Handelsbilanz (*current account*), das sich von 3,9 Mrd. US\$ 1994 über 8,5 Mrd. US\$ 1995 auf 23 Mrd. US\$ 1996 erhöhte (Bank of Korea 2000: 227).

Das Ziel der Stabilisierung der Währung und der Rückgewinnung des Vertrauens der Anleger stellte die Geldpolitik nach der Krise vor das Dilemma, dass einerseits hohe Zinsen für die Rückgewinnung des Vertrauens nötig waren, andererseits diese aber die Krisensituation vieler Unternehmen verschärften und aus der Finanzkrise eine Rezession machten. Die zwischen dem IWF und der südkoreanischen Regierung beschlossenen Stabilitätsprogramme sahen zunächst eine starke Anhebung der kurzfristigen Zinsen vor. Die *overnight call rate* (der wichtigste kurzfristige Zinssatz) stieg von 12 Prozent Anfang Dezember 1997 auf 32 Prozent am 26. Dezember 1997. Am 8. Januar 1998 wurden zum ersten Mal gemeinsam vom IWF und von der südkoreanischen Regierung makroökonomische und geldpolitische Indikatoren festgelegt. Danach wurden diese Indikatoren allerdings bis zum Februar 1999 fünf Mal revidiert (siehe Tabelle 2). Die hohen Zinsen und die scharfe Rezession von 1998 führten zu Protesten wegen der angeblich vom IWF zu verantwortenden Krise, die auch als „IMF Crisis“ bezeichnet wurde.

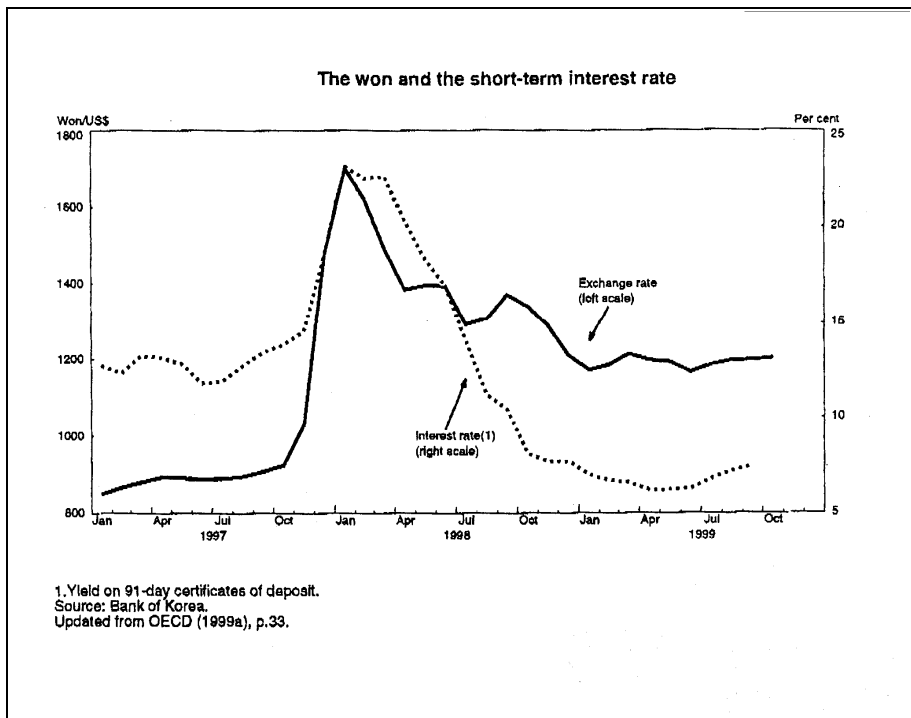
Tabelle 2: Zielvereinbarungen zwischen IWF und Regierung

	8.1.1998	17.2.1998	22.5.1998	28.7.1998	18.11.1998	2.2.1999	tats. Wert 1998
Inflation	9%	9%	einstellig	9%	5%	ca. 3%	7,5%
Wachstum	1-2%	1%	- 1%	- 4%	positives Wachstum	2%	- 6,7%
kurzfristige Zinsen	hoch	vorsichtige Senkung	zusätzliche Senkung	flexible Anpassung	niedrig und stabil	niedrig und stabil	-

Quelle: Erstellung B.S. nach Angaben von Choi (1999: 17), KDI (2001).

Wie aus den Zielvorstellungen ersichtlich, wurde die Inflationsprognose gegen Ende des Jahres 1998, d.h. für 1999, optimistischer und die Wachstumsprognose ebenfalls, nach der schweren Rezession von 1998, die im 4. Quartal überwunden wurde. Der Wechselkurs des Won erholte sich rasch, die Zinsen, die zunächst stark angestiegen waren, fielen schon Mitte des Jahres auf Werte, die niedriger als das Vorkrisenniveau waren (vgl. Abbildung 2 und IMF 1999: 49).

Abbildung 2: Wechselkurs des Won und Marktzinsen 1997-1999



Quelle: Visco (1999: 38).

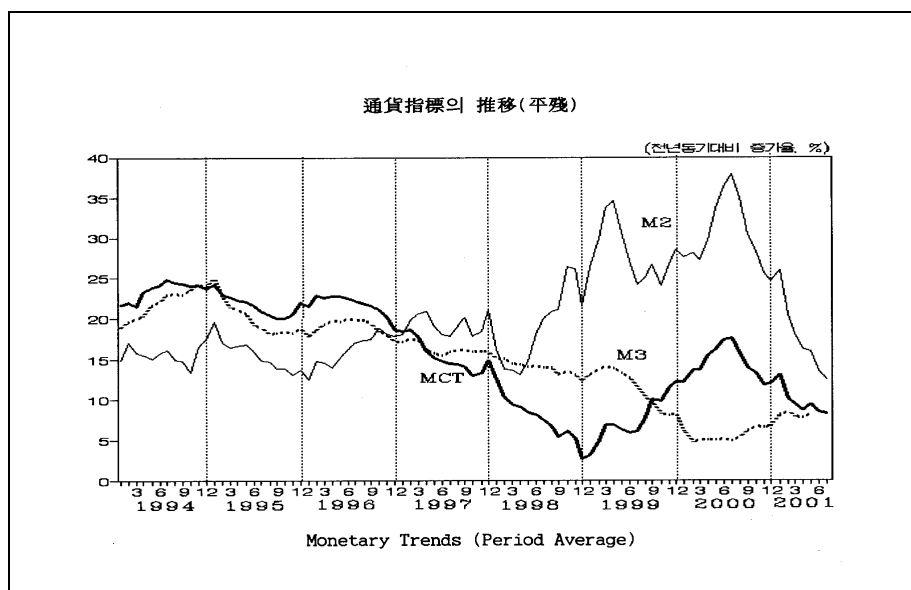
1999 wurde erstmals ein Inflationsziel von der BOK veröffentlicht. Neben der Änderung des Zentralbankgesetzes, das in Artikel 6 nach der Revision von 1997 ein Inflationsziel vorsieht, wurde dies auch mit finanziellen Innovationen begründet, die die Orientierung an Geldmengenaggregaten schwieriger machten. Tatsächlich war es zu einem Wechsel der Zwischenziele von M2 (bis Anfang 1997) zu MCT (M2 und *certificates of deposit* und *money in trust*) und später Ende 1997 zu M3 gekommen (vgl. zum *inflation targeting* in Korea Oh 1999).

Wie man in Tabelle 3 sehen kann, lag die Inflation 1999 unterhalb des Ziels, im Jahr 2000 im Zielbereich und im Jahr 2001 leicht über dem Inflationsziel. Gemessen an den historischen Inflationsraten, waren diese Ergebnisse niedrig. Allerdings ist es wichtig zu sehen, dass das Inflationsziel selbst nicht ganz eindeutig ist und bereits für das Jahr 2001 eine Umdefinition vom Anstieg der Verbraucherpreise auf die so genannte *core inflation*, die Nahrungsmittel- und Rohstoffpreis ausschließt, erfolgte. Auch die Raten des M3-Wachstums waren 1999 und 2000 unterhalb des Ziels oder im Zielbereich, 2001 aber höher. M2 hatte eine deutlich höhere Volatilität, wie Abbildung 3 zeigt.

Tabelle 3: Geldmengen- und Inflationsziele sowie Zielerreichung 1999-2001

	1999	2000	2001
Inflationsziel	2-4%	1,5-3,5%	2 - 4%
tats. Inflationsrate	0,8%	2,3%	4,1%
Geldmengenziel (M3)	13-14%	7-10%	6-10%
tats. M3-Wachstum	8,0%	7,1%	11,6%

Quelle: Erstellung B.S. nach Daten der BOK und KDI (2001).

Abbildung 3: Geldmengenaggregate in Südkorea 1994-2001

Quelle: KDI (2001: 32).

Die moderate Geldmengen- und Inflationsentwicklung im Zusammenhang mit der Rezession von 1998 führte auch zu einer kontinuierlichen Senkung des Leitzinses (*overnight call rate* – OCR), der die entsprechenden Marktzinsen folgten.

Wegen des hohen Wirtschaftswachstums 1999 und 2000 wurde die OCR dann im Jahr 2000 wieder leicht erhöht, bevor sie wegen der Wachstumsverlangsamung im Jahr 2001 und später der Rezessionsangst nach den Terroranschlägen im September 2001 herabgesetzt wurde, wie Tabelle 4 zeigt. Danach wurden die Zinsen

konstant gehalten, und im März 2002 legten die südkoreanische Zentralbank und die Regierung ihre makroökonomische Perspektive als stabil fest, was sich in der folgenden Zeit in höheren Zinsen widerspiegeln sollte.

Tabelle 4: Zinsentscheidungen des Zentralbankrats 2000-2001

	Septem- ber 2001	August 2001	Juli 2001	Februar 2001	Oktober 2000	Februar 2000	1999
Veränderung	- 0,5	- 0,25	- 0,25	- 0,25	+ 0,25	+ 0,25	-
OCR	4,0	4,5	4,75	5,0	5,25	5,00	4,75

Quelle: Erstellung B.S. nach Daten der BOK.

Im Folgenden soll anhand ausgewählter Entscheidungen untersucht werden, ob die BOK nach Erlangung der De-jure-Unabhängigkeit ihre Entschlüsse frei von Regierungseinfluss treffen konnte oder inwieweit dieser Einfluss indirekt oder direkt ausgeübt wurde. Dabei wird das erste Jahr der Unabhängigkeit nicht mit einbezogen, da dort die Geldpolitik stark von den Zielvereinbarungen mit dem IWF abhängig war. Eine Untersuchung von Hinweisen auf Regierungseinfluss bei Einzelentscheidungen erscheint als angemessene Vorgehensweise, da sich kein allgemeiner Indikator und kein allgemeines Kriterium für die Messung eines solchen Einflusses erstellen lässt. Zunächst wird untersucht, inwieweit die Regierung direkten Druck auf die Zentralbank ausgeübt hat. Danach wird überprüft, inwieweit die Regierung versucht hat, indirekt Druck auf die Zentralbank auszuüben, und welche Gegenstrategien die Zentralbank anwendet. Schließlich wird diskutiert, inwieweit die Fiskalpolitik der Regierung und die Wechselkurspolitik, die weiterhin von der Regierung bestimmt wird, Einfluss auf die Geldpolitik der BOK nehmen. Zum Schluss werden das Selbst- und Fremdverständnis der BOK analysiert.

Obwohl das Bruttoinlandsprodukt in Südkorea 1999 um 10,9 Prozent und im Jahre 2000 um 8,8 Prozent zunahm, übte die Regierung dennoch kontinuierlich auf die BOK Druck im Hinblick auf die Senkung bzw. Beibehaltung niedriger kurzfristiger Zinsen aus. Bereits im Februar 1999, nur ein Jahr, nachdem die Revision des Zentralbankgesetzes in Kraft getreten war, beklagte sich der Präsident der BOK, Chon Chol-hwan, öffentlich darüber, dass zwar nun die legalen Voraussetzungen für eine eigenverantwortliche Geldpolitik geschaffen worden seien, dass aber praktisch die Erfüllung dieser Aufgabe wegen Einmischung der Regierung unmöglich sei (*Chosun Ilbo* 1999a). Im Mai 1999 kündigte BOK Präsident Chon an, entgegen Aussagen des Wirtschafts- und Finanzministeriums (MOFE) die Zinssenkungspolitik von 1998 bis Mitte 1999 nicht weiter zu verfolgen, da damit auch ein spekulativer Anstieg des Aktienmarktes verbunden war (*Korea Times* 1999a). Der KOSPI stieg auf über 810 Punkte und erreichte damit ein Dreijahreshoch. Der damalige Finanzminister Lee Kyu-sung hatte die Hausse mit der Bemerkung ausgelöst, das MOFE sehe keine spekulative Blase und deshalb sei kein Anstieg der Zinsen nötig

(vgl. *Korea Herald* 1999). Zentralbankpräsident Chon betonte, zwar sei jede Regierungsorganisation frei, ihre Meinung zur Geldpolitik zu äußern, aber die endgültige Entscheidung liege bei der BOK. Zumindest in diesem Fall hat sich die BOK – auch mit Berufung auf die Revision des Zentralbankgesetzes – durchgesetzt (*Chosun Ilbo* 1999b). Ende 1999 kam es zu einem weiteren Konflikt zwischen MOFE und BOK, der sich auf die Beurteilung der Aussichten für das Jahr 2000 bezog und der durch die Veröffentlichung verschiedener sich widersprechender Pressemitteilungen ausgetragen wurde. Die Regierung kündigte dabei gleichzeitig eine fiskalische Expansion wie niedrige Zinsen an, da sie die Gefahr einer monetären Expansion für gering halte (*Chosun Ilbo* 1999c).

Im Februar 2000 scheiterte der Versuch der BOK, des Finanzministeriums und der Finanzaufsichtsbehörde (Financial Supervisory Commission – FSC), Einvernehmen bezüglich der Geldpolitik zu erzielen. Nach einem Treffen, bei dem es um die Diskrepanz zwischen langfristigen und kurzfristigen Zinsen gegangen war, verlangte der Vorsitzende der FSC, Lee Yong-keun, entweder eine Senkung der langfristigen Zinsen (was nicht von der BOK manipulierbar ist) oder eine Anhebung der kurzfristigen Zinsen. Das MOFE schloss sich den Forderungen an. Die BOK argumentierte dagegen für die Beibehaltung einer Politik der niedrigen kurzfristigen Zinsen wegen der Beunruhigung der Finanzmärkte durch den Zusammenbruch des Daewoo-Konzerns im Sommer 1999 und kritisierte allgemein die Einmischung in eine Entscheidung der Zentralbank (vgl. *Chosun Ilbo* 2000). Dies ist aus zwei Gründen ein interessanter Fall: Erstens ist hier ein einziges Mal die Forderung des MOFE und der FSC nicht die nach einer Zinssenkung. Allerdings kann der Hinweis darauf, dass die FSC eine Senkung der langfristigen Zinsen vorzieht, durchaus ein Verhaltenshinweis für die quasiverstaatlichten Banken sein, gegenüber denen die FSC eine mächtige Position hat. Zweitens wird hier auch deutlich, dass die in Südkorea übliche Form der informellen Abstimmung zwischen Regierungsbehörden (und dazu zählte auch die BOK) nicht mit der klaren Aufgabentrennung übereinstimmt, wie sie die Revision des Zentralbankgesetzes mit sich gebracht hat. Der Konflikt neuer formaler Institutionen und althergebrachter informaler Verhaltensweisen wird hier sichtbar, wie auch unten in der Einschätzung der Geldpolitik durch den südkoreanischen Präsidenten.

Als im September 2000 die BOK wegen wachsender Inflationsgefahren die Leitzinsen erhöhen wollte, versuchte Finanzminister Jin Nyum den Zentralbankrat öffentlich festzulegen, indem er vor der Sitzung die Notwendigkeit einer Zinserhöhung verneinte. Tatsächlich wurde die OCR nicht erhöht, allerdings musste sich der Präsident der BOK danach gegen die Behauptung wehren, durch die Regierung zu einer Beibehaltung der niedrigen Zinsen gezwungen worden zu sein (*Korea Herald* 2000). Um zu dieser Entscheidung zu kommen, musste die Sitzung des Zentralbankrats sogar zur Konfliktschlichtung unterbrochen werden. Im Jahr 2001 verschärfte sich der Druck auf die BOK, die Zinsen trotz eines wachsenden Inflationspotenzials zusenken, da gleichzeitig auch die Wachstumsaussichten wegen der sich ankündigenden Rezession in den USA sanken (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5: Anstieg der Verbraucherpreise und M3-Wachstum 11/2000-7/2001

	11/2000	12/2000	1/2001	2/2001	3/2001	4/2001	5/2001	6/2001	7/2001
Inflation	2,6	3,2	4,2	4,2	4,4	5,3	5,4	5,2	5,0
M3-Wachstum	6,6	6,7	8,2	8,4	7,9	7,7	8,2	8,8	9,8

Quelle: KDI (2001), BOK.

Bei einer Kabinettsitzung im Juli forderte der südkoreanische Präsident Kim Dae-jung, durch expansive fiskalische und monetäre Maßnahmen die Wirtschaft zu beleben. Dabei wurde das fehlende Verständnis für die Trennung von Privatsektor, Regierung und Zentralbank deutlich. In einem Zeitungsbericht heißt es (*Chosun Ilbo* 2001b):

President Kim Dae-jung ordered his cabinet to stimulate domestic consumption to revive the nation's economy. ... In another move, the government will operate its monetary policy more flexibly and may, depending upon more recent market developments, lower further the inter-bank call loan rate in the near future.

Dies zeigt klar die Auffassung von der BOK als einem Teil der Regierung. An einer solchen Auffassung hatte es schon seit 1998 Kritik gegeben, als Teile des Finanzsektors die häufigen öffentlichen Aufforderungen des Präsidenten an die Banken, die Kreditzinsen zu senken, kritisierten (Song 1998). Diese Niedrigzinsen wurden nach den Initialen der Präsidenten als „DJ interests“ bezeichnet. Während eine solche Taktik der *moral suasion* auch in anderen Ländern angewandt wird, hat sie in Südkorea dadurch besondere Brisanz, dass durch staatliche Kapitalzufuhr die meisten Banken seit 1997 quasiverstaatlicht sind. Dies gibt der Regierung zwar nicht mehr eine direkte Einflussmöglichkeit wie vor der Privatisierung in den 80er-Jahren. Allerdings ist die Reprivatisierung der Banken mit einer im Augenblick stattfindenden Restrukturierung und teilweise der Auswechslung des Managements verbunden, sodass zu vermuten ist, dass sich die Banken das Wohlverhalten des Staates und insbesondere der FSC erhalten wollen.

Im August sprach Finanz- und Wirtschaftsminister Jin Nyum noch vor der Zentralbankratssitzung davon, dass man sich mit der BOK über die Notwendigkeit einer Zinssenkung einig sei. Daraufhin widersprachen einige Mitglieder des Zentralbankrats unter der Bedingung, anonym zu bleiben (*Chosun Ilbo* 2001c). Sowohl im Juli wie auch im August 2001 kam es zu einer Zinssenkung, trotz des Inflationsanstiegs und des Anstiegs von M3 an die obere Grenze von 10 Prozent im Juli und die leichte Überschreitung dieser Grenze im August. Wegen der Zeitverzögerung geldpolitischer Entscheidungen von etwa einem halben Jahr lassen sich natürlich keine direkten Verbindungen geldpolitischer Entscheidungen mit aktuellen Daten herstellen. Dennoch erscheint es plausibel, diese Entscheidungen als politisch motiviert zu sehen: Mitte 2001 befand sich die Regierung von Kim Dae-jung in einer schweren

Krise, da die Nordkoreapolitik bis auf weiteres blockiert war, die Regierung mit häufigen Korruptionsskandalen konfrontiert wurde, keine Parlamentsmehrheit hatte und die Regierungspartei (Demokratische Millenniumspartei) wegen des 2002 bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampfes einer Führungskrise entgegengiebt. Gleichzeitig war die Reform des Finanzsektors unvollendet geblieben, und die Wachstumserfolge von 1999 und 2000 waren nicht wieder erreichbar. Bei der stark auf Wachstum ausgerichteten Regierungspolitik in Südkorea war Letzteres besonders schwerwiegend.

Durch die Terroranschläge vom September 2001 verschlechterte sich die Wirtschaftslage für Südkorea, das stark vom Export und dabei insbesondere vom Hauptzielland USA abhängig ist, weiter. Bei der turnusgemäßen Zentralbankratssitzung vor den Anschlägen war die OCR gleichgeblieben, obwohl von der Regierung erneuter Druck hinsichtlich einer Zinssenkung ausgegangen war (*Korea Herald* 2001a). Nach den Anschlägen kam es zu einer überraschenden Sondersitzung am 24. September 2001, bei der erstmalig ein „großer“ Zinsschritt von einem halben Prozentpunkt bei der OCR beschlossen wurde. Erst kurz vorher stand der Präsident der BOK dem Parlament Rede und Antwort in Bezug auf die Zinspolitik, und Parlamentsabgeordnete wiesen darauf hin, dass bei allen vier Zinssenkungen im Jahr 2001 entsprechende Wünsche bzw. Forderungen der Regierung und der Regierungspartei vorausgegangen seien. Zwar wies der BOK-Präsident die Vermutung zurück, er habe sich mit der Regierung bzw. Regierungspartei vor Sitzungen des Zentralbankrats beraten, allerdings forderte er auch selber ein Ende von deren Einmischung (*Chosun Ilbo* 2001d). Es gibt also viele Indizien für einen bleibenden starken Einfluss der Regierung auf die Geldpolitik. Zumindest indirekt wird der Einfluss der Regierungspartei auf die Geldpolitik auch darin deutlich, dass die Federation of Korean Industries (FKI), die Vereinigung der *chaebôl*, bei einem Treffen mit Vertretern der Regierungspartei (die damals noch National Congress for New Politics hieß) im Mai 1999 weitere Zinssenkungen forderte, als die BOK selber ein mögliches Ende der Politik niedriger Zinsen ankündigte. Folgerichtig wäre vielmehr die Zentralbank selbst Kandidat bei einer Trennung von Geldpolitik und Regierung gewesen (vgl. *Korea Times* 1999b).

Kontroverse Beurteilungen seitens Regierung und BOK bezüglich der Zinspolitik werden dadurch deutlich, dass die BOK die Regierung mehrfach darauf hingewiesen hat, dass die negativen Realzinsen, die sich durch niedrige nominale Zinsen und relativ höhere Inflation ergeben haben, problematisch seien. Dadurch käme es erstens zu sinkenden Zinseinkommen, was die Sparneigung senke und für ältere Koreaner problematisch sei, die häufig nicht von der erst vor relativ kurzer Zeit eingeführten und nicht alle Gruppen umfassenden Sozialversicherung erfasst seien. Zweitens würde dadurch die Gefahr einer spekulativen Blase auf dem Immobilienmarkt wachsen, was die BOK durch steigende Immobilienpreise bei stagnierender Wirtschaft bestätigt sah (*Chosun Ilbo* 2001e). Historisch waren die Realzinsen in Südkorea stabil und meist positiv, was Südkorea von vielen Entwicklungsländern unterschied (vgl. World Bank 1993: 111-112). Seit April 2001 sind die Realzinsen auf Bankeinlagen negativ, was neben den schon erwähnten Problemen auch zu einer

geringen Attraktivität des koreanischen Anleihenmarktes für ausländische Anleger führte (vgl. Park 2001: 9).

Neben dem direkten Einfluss auf die Geldpolitik durch Pressemitteilungen oder Lagebeurteilungen vor Sitzungen des Zentralbankrats kann die Regierung auch indirekt Einfluss auf Entscheidungen des Zentralbankrats nehmen. Ein Beispiel dafür ist die Forderung nach einer Zinssenkung durch das öffentliche Korea Development Institute (KDI). Das KDI ist das größte und wichtigste der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Korea. Die Analysen des KDI haben einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die öffentliche wirtschaftspolitische Diskussion in Südkorea. Zwar ist das KDI nicht unbedingt mit der Regierung einer Meinung, aber der jetzige Vorsitzende des KDI, Kang Bong-gyun, gilt als enger Vertrauter der Regierung, und bereits seiner Ernennung war eine Diskussion sowohl der Öffentlichkeit wie auch der Mitarbeiter des KDI über die Möglichkeiten objektiver Forschung bei zu großer Regierungsnähe vorausgegangen. Im März 2001 trat Kang Bong-gyun öffentlich für noch niedrigere Zinsen ein, nachdem es schon im Februar 2001 zu einer Senkung der OCR gekommen war (*Dong-A Ilbo* 2001). Wie ernst die BOK diese Forderung nahm, zeigte sich an ihrer Reaktion. Kurz darauf veröffentlichte sie eine Studie mit einem Vergleich des Status der BOK und der US-amerikanischen Zentralbank (Federal Reserve), in der sie die ähnliche legale Situation, aber die Unterschiede in der tatsächlichen Unabhängigkeit hervorhob (Bank of Korea 2001). Gleichzeitig wies sie zum wiederholten Male die Einmischung „der Regierung“ in die Geldpolitik zurück. Diese Gleichsetzung zeigt, dass die BOK die Forderung des KDI als identisch mit der Regierungspolitik und das KDI letztlich als Sprachrohr der Regierung ansah (*Chosun Ilbo* 2001a). In diesem Fall hatte die öffentliche Diskussion das für die BOK erwünschte Ergebnis, dass es für die nächsten Monate (bis zum Juli 2001) zu keiner weiteren Zinssenkung kam. Eine weitere Form der indirekten Einflussnahme ist die Veröffentlichung von „Szenarien“ der Regierung über mögliche Zinssenkungen und ihre Auswirkungen vor Sitzungen des Zentralbankrats, die der Finanzbranche bekannt gemacht werden (vgl. *Korea Herald* 2001b).

Auch die schon oben erwähnte Koordination von BOK, MOFE und FSC ist eine indirekte Form der Beeinflussung. Wenn auch generell eine Koordination der Geld- und Fiskalpolitik erwünscht ist, birgt sie doch die Gefahr, dass es erstens zu einer Unterordnung kommt (dazu können personelle Verflechtungen mit dem MOFE beitragen, wie sie im koreanischen Zentralbankrat häufig sind), zweitens, dass Verantwortlichkeiten für Politikbereiche verwischt werden. Diese Verantwortlichkeiten und die Zurechenbarkeit sind aber ein Hauptgrund für die Unabhängigkeit der Zentralbank, da sie die Verhaltensänderung im Vergleich zu einer regierungsabhängigen Zentralbank bewirken sollen. Zwischen BOK und Regierung finden regelmäßig informelle Treffen statt, die auf einer langen Tradition beruhen. Ein Fall für eine dabei erfolgte Verwischung der Verantwortlichkeiten ist das von Regierung, BOK und FSC (einer regierungsabhängigen Behörde) gemeinsam verkündete Ziel, eine Wachstumsinitiative auf dem Markt für Anleihen und dem Aktienmarkt zu starten. Dazu sollten durch die staatlich kontrollierte Korea Development Bank langfristige

Kredite in Höhe von einer Billion Won (770 Mio. US\$) an einheimische Firmen zu subventionierten Zinssätzen vergeben werden. Zudem sollten zusätzliche Garantien für Kredite und Technologiekredite sowie eine Billion Won der Seoul Guarantee Insurance Company gegeben werden, die damit neues Kapital für Investment Trust Management Companies für Aktienkäufe bereitstellen sollte. Zusätzliche Maßnahmen waren auf dem Anleihenmarkt und für Risikokapital geplant (vgl. *Chosun Ilbo* 2001f). Diese von der Regierung zu finanzierenden Ausgaben hatten natürlich auch einen Einfluss auf die Geldpolitik und das Inflationsziel. Die problematische Beziehung von Geldpolitik und Fiskalpolitik, die einerseits voneinander unabhängig und damit berechenbar sein sollen, andererseits in ihren Wirkungen interdependent sind, wird damit klar.

Die Fiskalpolitik kann auf längere Sicht ein Problem darstellen, dass es vorher in Südkorea wegen der geringen Haushaltsdefizite oder sogar Budgetüberschüsse nicht gegeben hat. Zwar ist die Haushaltspolitik Südkoreas nach der Finanzkrise weiterhin verhältnismäßig konservativ, besonders im Vergleich zu den anderen ostasiatischen Staaten (vgl. *The Economist* 2001). Der IWF hat sogar nach den Terroranschlägen vom September 2001 eine expansivere Geld- und Fiskalpolitik gefordert, da Südkorea trotz eines für 2001 eingeplanten leichten Defizits wegen einer Blockade von Ausgabeprogrammen durch das Parlament einen Budgetüberschuss erzielen könnte (*Korea Herald* 2001c und 2001d). Allerdings hat sich die öffentliche Schuldenlast seit Beginn der Krise mehr als verdoppelt. Daneben sind direkte Garantien der Regierung und der Regierungsinstitutionen (wie der KDB) sowie die indirekten Garantien über die quasiverstaatlichten Banken und Investment Trusts in ihrer Wirkung unberechenbar. Zuletzt zeigte die Hyundai-Krise von 2001 wieder, dass das Problem „too big to fail“ in Südkorea immer noch besteht. Wenn die BOK durch Ankäufe von Staatsanleihen in Höhe von einer Billion Won den Finanzmarkt beruhigen will, wie nach den Terroranschlägen (*Chosun Ilbo* 2001g) oder nach der Daewoo-Krise im November 1999, gehört das zwar zu ihren notwendigen Aufgaben, aber die Gefahr einer Liquiditätsfalle wie in Japan ist nicht ausgeschlossen.

Eine weitere Quelle von Konflikten zwischen Regierung und Zentralbank ist die Wechselkurspolitik. Dies trifft auf viele Länder zu, da häufig (wie zum Beispiel auch in der Europäischen Union oder vorher in der Bundesrepublik Deutschland) die Wechselkurspolitik eine Domäne der Regierung ist. In Südkorea gibt es ein aktives Wechselkursmanagement zum US-Dollar und zum Yen, nachdem der vor der Finanzkrise bestehende quasi feste Wechselkurs (mit schmalen Bandbreiten zum US-Dollar) aufgehoben wurde. Der US-Dollar ist besonders wichtig, weil die USA Hauptzielland südkoreanischer Exporte sind, der Yen, weil Japan Haupttrivale bei den Exporten ist.

Wegen der seit über zehn Jahren anhaltenden Wirtschaftsschwäche in Japan ist der Wechselkurs zum Yen derzeit besonders interessant, da Japans Währung – nachdem es lange Zeit keine Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Wechselkurs gegeben hatte – Abwertungstendenzen zeigt. Folgt der südkoreanische Won diesen Tendenzen, dann sind damit Inflationsgefahren durch importierte Inflation verbunden. Bereits Anfang 2001 kam es deswegen zu einem monatelangen Streit

zwischen der BOK, die die Inflationsgefahren für Südkorea wachsen sah, und dem MOFE, das die schlechten Wachstumsaussichten betonte. Auch Ende 2001 kam es zu einer Debatte um den Verfall des Wechselkurses des Yen, der im Laufe des Jahres 2001 gegenüber dem US-Dollar stark an Wert verloren hatte. Der südkoreanische Finanz- und Wirtschaftsminister Jin Nyum verwies dabei auf die Gefahr einer Runde kompetitiver Abwertungen in Ostasien, die als eine Drohung gegenüber Japan aufgefasst wurde (*Korea Herald* 2001f und 2001g). Gleichzeitig hat die Regierung den Finanzmärkten signalisiert, keinen Wechselkurs Won/Yen von unter 10 Won/Yen zu tolerieren (*Korea Herald* 2001h). Der Präsident der Zentralbank geht dagegen in den Voraussagen für 2002 von einem stabilen Wechselkurs des Won zum US-Dollar aus und begründet dies ausdrücklich mit der dadurch importierten Preisstabilität (*Korea Herald* 2001i). Diese schwer miteinander zu vereinbarenden Aussagen können als Beginn eines neuen Tauziehens um die Wechselkurspolitik verstanden werden.

Die bisherige Diskussion hat bereits gezeigt, dass es regelmäßig zwischen Regierung und BOK zu Streit über die Auslegung der Unabhängigkeit der BOK kommt, der die BOK in ihrer Entscheidungsfreiheit – sowohl nach eigenen Aussagen wie auch nach der Analyse der getroffenen Entscheidungen – einengt. Allerdings kann damit nicht erfasst werden, inwieweit Konflikte dadurch nicht entstehen, dass BOK und Regierung – entgegen dem im Zentralbankratsgesetz festgelegten Prinzip der unabhängigen Entscheidung – sich informell koordinieren. Die regelmäßigen Treffen zur Koordination der Finanzmärkte und der Wechselkurspolitik gehören zu solchen Mechanismen. Ein weiteres Problem kann die personelle Verquickung von Zentralbankrat und Regierung sein. Um diesem Problem entgegenzuwirken, sind seit der Revision des Zentralbankratsgesetzes alle Mitglieder des Zentralbankrats hauptamtlich, während sie vorher nebenamtlich tätig waren. Allerdings ist der Anteil der Mitglieder des Zentralbankrats, die mit der BOK oder der Regierung durch die Karriere verbunden sind, sehr hoch. Von den sieben bis März 2002 amtierenden Mitgliedern des Zentralbankrats haben vier einen Teil ihrer beruflichen Laufbahn im Economic Planning Board (dem Ministerium für Planung, die frühere staatliche Planungsbehörde und Vorläufer des MOFE) oder im MOFE verbracht.

Um die Beziehungen von Regierung und BOK besser zu verstehen, ist es wichtig, das Selbstverständnis und Fremdverständnis der BOK im koreanischen institutionellen Gefüge zu untersuchen. Das Selbstverständnis einer Zentralbank kristallisiert sich in einer Leitidee oder -ideologie, die durch eine „institutionelle Aura“ geschützt wird, die die Politik der Zentralbank aus dem Bereich des „Wirtschaftspolitischen“ erhebt und empirisch nicht mehr überprüfbar macht (vgl. Weinert 1999). Die institutionelle Aura wiederum kann wichtiger sein als die formale institutionelle oder organisatorische Ausgestaltung des Zentralbankwesens. Das Selbstverständnis der BOK wird im folgenden Zitat deutlich:

Over this half-century, the Bank has endeavored to help the Korean people shake off the vestiges of colonialism and recover from the disaster of war, and it has made every effort to lay the cornerstone of sustainable growth for the nation's process of economic development (Bank of Korea 2000: 3).

Hier werden als die zwei Leitideen der BOK der Bruch mit der kolonialen Tradition und das hohe Wirtschaftswachstum genannt.

Diese Aufgabendefinition wird auch von der Regierung so geteilt, die in der Regel überhaupt keine Trennung der Aufgaben von BOK und Regierung erwähnt, sondern nur von der „Geldpolitik der Regierung“ spricht. Beispielsweise betonten sowohl Finanzminister Jin Nyum als auch der Vizeminister des MOFE, Kim Jinpyo, Ende des Jahres 2001 eine Beibehaltung einer flexiblen Geldpolitik bzw. Politik der niedrigen Zinsen der Regierung für das kommende Jahr (vgl. *Korea Herald* 2001e). Hier lassen sich fundamentale Unterschiede zwischen dem Verhältnis von BOK und Regierung zu dem Verhältnis von Zentralbank und Regierung in denjenigen westlichen OECD-Staaten feststellen, in denen die Zentralbankunabhängigkeit einen hohen Stellenwert besitzt, wie in der Bundesrepublik Deutschland vor Einführung des Euro.

In Südkorea ist die Leitidee „Wachstum“. Die Wachstumsidee wurde verkörpert im Economic Planning Board (dem Planungsministerium), das für die Fünfjahrespläne der Hochwachstumszeit der 1960er- und 1970er-Jahre verantwortlich war und dessen Funktion auf das MOFE übergegangen ist. Das MOFE repräsentiert dementsprechend die wachstumsorientierte „Technokratie“ (oder die „expertokratische Interessenneutralität“ nach Weinert 1999: 354-355). Kim und Kim (1999: 150), sprechen vom „administrative elitism“ und der Regierung als „unit of purpose for economic growth“. Die BOK erscheint nur als ein Teil dieser Technokratie. Zwar ist diese Darstellung insofern vereinfachend, als es immer wieder – auch zu Zeiten der autoritären Regierungen – Konflikte zwischen BOK und Regierung wegen der der Expertenmeinung der BOK entgegenlaufenden politischen Wünsche der Regierung gegeben hat. Das Selbstverständnis der BOK war aber eindeutig vorrangig wachstumsorientiert. Dies hat sich auch jetzt nicht geändert, wird aber mit dem neuen Ziel der Preisstabilität insofern erweitert, als nun Preisstabilität als Voraussetzung für Wachstum definiert wird. Im Gegensatz dazu ist das Selbstverständnis etwa der deutschen Bundesbank von der Funktion der Preisstabilität als Voraussetzung für eine funktionsfähige Wirtschaftsordnung geprägt. Dies mag auf den ersten Blick ähnlich erscheinen, hier liegt aber der Unterschied darin, dass eine instrumentelle Funktion wie in Südkorea einen Wechsel oder eine Unterordnung des Instruments „Preisstabilität“ unter andere Instrumente (etwa „Kreditexpansion“) einfacher möglich macht als bei einer Leitidee, bei der Preisstabilität als Voraussetzung der funktionierenden Wirtschaftsordnung verstanden wird. Auch die institutionelle Aura der Deutschen Bundesbank als Technokratie im Vergleich zum als politisch geltenden Wirtschafts- und insbesondere Finanzministerium ist dementsprechend anders.

4 **Ausblick: Drei Szenarien der Entwicklung der südkoreanischen Geldordnung und der Stellung der Bank of Korea**

Die vorausgegangene Analyse hat gezeigt, dass die BOK mit der Änderung ihres gesetzlichen Status nicht automatisch auch De-facto-Unabhängigkeit gewonnen hat, sondern dass dauernd Konflikte um ihren Handlungsspielraum in der Geldpolitik bestanden. In diesen Konflikten war der legale Status allerdings ein häufig genutztes Mittel, um politischen Einfluss abzuwehren. Insofern hat die Änderung des Zentralbankgesetzes die Kosten der Regierung für Eingriffe in die geldpolitischen Entscheidungen deutlich erhöht und diese Eingriffe teilweise unmöglich gemacht. Aus Sicht der Wirtschaftspolitik in Südkorea hat damit die Änderung des Zentralbankgesetzes zu einem gewünschten größeren Spielraum der Unabhängigkeit geführt. Zweitens hat es auch eine kleine Änderung im Hinblick auf die Leitidee der Zentralbank gegeben, wo jetzt die Preisstabilität als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum verstanden wird. Langfristig könnte sich diese Stellung der Preisstabilität in der Leitidee der Zentralbank weiter entwickeln. Gleichzeitig können die nun offenen Konflikte der BOK mit der Regierung auch zu einer Änderung der institutionellen Aura von BOK und MOFE führen, indem eine neue Gegenüberstellung von Technokratie (BOK) und politischen Akteuren (MOFE) erfolgt.

Andererseits zeigte sich, dass die Änderung des Zentralbankgesetzes alleine nicht ausreichend ist, um die De-facto-Unabhängigkeit zu sichern. Dies entspricht auch der Erfahrung vieler Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas. Wagner (1999) sieht dort die Gefahr, dass formal unabhängige Zentralbanken, die aber de facto weiterhin von der Regierung abhängig sind, für eine nicht erfolgreiche Deflationspolitik verantwortlich gemacht werden können und spricht in diesem Zusammenhang von „Institutional Cheating“. Für Südkorea ergeben sich in dieser Situation drei mögliche Entwicklungen.

Ein negatives Szenario würde die Zunahme der Konflikte von Regierung und Zentralbank sehen. Die bisher relativ geringe Inflation, die u.a. durch die Möglichkeit preisneutralen Wachstums wegen der niedrigen Kapazitätsauslastung nach der Wirtschaftskrise von 1998 bedingt war, steigt an. Gleichzeitig kommt es zu einer Wachstumsstagnation, niedrigere nominale Zinssätze und negative Realzinsen führen nicht zu mehr Investitionen. Das Vertrauen der ausländischen Anleger schwindet und es könnte zu einer erneuten Finanzkrise kommen. Wenn die BOK sich gegen eine Politik niedriger Zinsen wendet, kann die Regierung die formal unabhängige BOK für die Inflation verantwortlich machen und schließlich sogar entmachten. Dieses Szenario ist allerdings wegen des Symbolwerts der Unabhängigkeit der BOK gerade für internationale Anleger solange nicht wahrscheinlich, wie es nicht zu einer drastischen Vertrauenskrise kommt. Ein zweites Szenario wäre die Beibehaltung des Status quo, mit einer formal durch hohe Unabhängigkeit gekennzeichneten Zentralbank, die aber stark durch Regierungseinfluss in ihrem Handlungsspielraum beschränkt ist. Dieser Einfluss drückt sich in einer asymmetrischen Geldpolitik aus, in

der Anzeichen der Wachstumsschwäche und der Preisstabilität stärker beachtet werden als Anzeichen der Wachstumsüberhitzung und Inflationsgefahren und dementsprechend die Geldpolitik eher expansiv, d.h. bei den Zinsen nach unten flexibel, als restriktiv ist. Ein drittes mögliches Szenario wäre die Weiterentwicklung der Leitidee der BOK, bei der Preisstabilität dann als zentral für das Funktionieren der Wirtschaftsordnung angesehen wird. Durch ihre Politik der Inflationsbekämpfung würde die BOK internationale und nationale Glaubwürdigkeit akkumulieren und dadurch bei Konflikten mit der Regierung stärker werden. Schließlich würde sich die institutionelle Aura der BOK als Technokratie im Gegensatz zum politischen Wirtschaftsministerium stärken. Für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung Südkoreas ist zu erhoffen, dass das letztere Szenario eintritt und so eine erneuerte Geldordnung als Voraussetzung für eine stabile Geldpolitik entsteht.

Literatur

- Alesina, Alberto und Lawrence H. Summers (1993), "Central Bank Independence and Macroeconomic Performance: Some Comparative Evidence", in: *Journal of Money, Credit and Banking* 25, 2, S.151-162
- Bade, Robin und Michael Parkin (1985), "Central Banks Law and Monetary Policy", Manuskript, University of Western Ontario
- Bank of Korea (Hrsg.) (2000), *The Bank of Korea: A History of Fifty Years*, Seoul: Bank of Korea
- Bank of Korea (Hrsg.) (2001), *Mikuk Jonjun kwa Hanguk Uenhaeng, ottoke ttaruenga?* (The US Fed and the BOK, how are they different?), Seoul: Bank of Korea
- Borrero, Alberto M. (2001), "On the long and short of central bank independence, policy coordination, and economic performance", IMF Working Paper 01/19, Washington, D.C.: International Monetary Fund
- Botzenhardt, Philipp (2001), *Konzepte zur Messung der Unabhängigkeit von Zentralbanken*, Marburg: Tectum
- Cargill, Thomas F. (1995), "The statistical association between central bank independence and inflation", in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* No.193, S.159-172
- Cho, Hi-Young (1988), „Die Autonomie der koreanischen Zentralbank“, in: *Kyongsang-nonch'ong/Han-dok yongsang hakhoe*, 6, S.46-69
- Cho, Seong-Jei und Jongku Kang (1999), "The impact of monetary policy on bank lending behavior", in: *Economic Papers* (Bank of Korea) 2, 1, S.1-19
- Choi, Gong-Pil (1999), *The Korean Experience with Financial Crisis: A Chronology*, Financial Research Paper 99-05, Seoul: Korea Institute of Finance
- Chopra, Ajai, Kenneth H. Kang, Meral Karasalu, Hong Liang und Henry P. Ma (2001), "From Crisis to Recovery in Korea: Strategy, Achievements and Lessons", IMF Working Paper WP 01/154, Washington, D.C.: International Monetary Fund

- Chosun Ilbo* (1997), "Editorial: The Government's Role in a Financial Crisis", Digital Chosun, English edition, 18.11.1997, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (1999a), "Central Bank Head Criticizes Gov't Interference", Digital Chosun, English edition, 25.2.1999, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (1999b), "BOK To Maintain Interest Rate at Current Levels", Digital Chosun, English edition, 6.5.1999, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (1999c), "Korean Economic Issues in 2000, Economic Desk", Digital Chosun, English edition, 1.11.1999, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2000), "Gov't Bodies Quarrel over Interest Rate Policy", Digital Chosun, English edition, 7.2.2000, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001a), "BOK Defies State Intervention", Digital Chosun, English edition, 28.3.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001b), "President Calls for Measures to Boost Economy", Digital Chosun, English edition, 16.7.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001c), "BOK to Decide on Rate Cut Thursday", Digital Chosun, English edition, 8.8.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001d), "BOK Head Expresses Anger over Comments on Money Rate", Digital Chosun, English edition, 24.9.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001e), "Steps Required to Avoid Adverse Effects of Low Interest Rates", Digital Chosun, English edition, 29.10.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001f), "Seoul to Boost Loans, Stocks", Digital Chosun, English edition, 7.11.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Chosun Ilbo* (2001g), "BOK to Buy W1 Trillion Worth State Bonds", Digital Chosun, English edition, 23.11.2001, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- Cukierman, Alexander, Steven B. Webb und Bilin Neyapti (1992), "Measuring the independence of central banks and its effect on policy outcomes", in: *The World Bank economic review* 6, 3, S.353-398
- Dehay, Eric (1995), „La justification ordo-libéral de l'indépendance des banques centrales“, in: *Revue française d'économie* 10, 1, S.27-53
- Dong-A Ilbo (2001), "KDI forecasts 4% economic growth this year", Digital edition, 27.3.2001, www.donga.com, Zugriff am 20.3.2002
- Dvorsky, Sandra (2000), "Measuring central bank independence in selected transition countries", in: *Focus on Transition* 2, S.77-95
- Eijffinger, Sylvester C.W. und Jacob De Haan (1996), "The political economy of central bank independence", Special Papers in International Economics No.19, Princeton University, Princeton (N.J.)
- Eijffinger, Sylvester C.W. und Lex H.Hoogduin (1998), "The ultimate determinants of central bank independence", in: Sylvester C.W. Eijffinger (Hrsg.), *Positive political economy: theory and evidence*, Cambridge: Cambridge University Press, S.47-74

- Eijffinger, Sylvester C.W. und Eric Schaling (1995), "Central bank independence: criteria and indices", in: Hans-Hermann Francke (Hrsg.), *Konzepte und Erfahrungen der Geldpolitik*, Berlin: Duncker & Humblot, S.185-218
- Eucken, Walter (1952), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen: Mohr
- Fujiki, Hiroshi (1996), "Central bank independence indexes in economic analysis: a reappraisal", in: *Monetary and economic studies*, 14, 2, S.79-101
- Grilli, Vittorio U. und Donato Masciandaro und Guido Tabellini (1991), "Political and Monetary Institutions and Public Financial Policies in the Industrial Countries", in: *Economic Policy* 13, S.341-392
- Haan, Jakob de und Willem J. Kooi (1997), "What really matters: conservativeness or independence?", in: *Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review* No.200, S.22-38
- Haggard, Stephen (2000), *The Political Economy of the Asian Financial Crisis*, Washington, D.C.: Institute for International Economics
- Hetzel, Robert L. (1990), "Central banks' independence in historical perspective: a review essay", in: *Journal of monetary economics* 25, 1, S.165-176
- IMF (2000), *Republic of Korea – Economic and Policy Developments*, December 1999, Washington, D.C.: International Monetary Fund
- KDI (2001), *Major Indicators of the Korean Economy*, 8/2001, Seoul: Korea Development Institute
- Kim, Byong Kuk (1965), *Central Banking Experiment in a Developing Economy*, The Korean Studies Series Vol. 12, Seoul: The Korean Research Center
- Kim, Bun Woong und Pan Suk Kim (1997), *Korean Public Administration – Managing the Uneven Development*, Seoul: Hollym
- Kim, H.E. (1999), "Crisis vs. Role of Central Bank", Essay 99-04, Seoul: Center for Free Enterprise, http://www.cfe.org/english/major/essay_9904.htm, Zugriff am 20.3.2001
- Kissmer, Friedrich und Helmut Wagner (1999), "Central bank independence and macroeconomic performance: a survey of the evidence", in: Nigel Healey und Zenon Wisniewski (Hrsg.), *Central banking in transition economies*, Thorn: Torun Business School, S.283-330
- Korea Herald* (1999), "Stocks skyrocket past 800", 7.5.1999, S.1
- Korea Herald* (2000), "BOK leaves rate unchanged despite concerns on inflation", 8.9.2000, S.1
- Korea Herald* (2001a), "Rate cut again on agenda this month", 5.9.2001, S.10
- Korea Herald* (2001b), "BOK expected to cut short-term rate Thursday", 9.10.2001, S.10
- Korea Herald* (2001c), "Politics shaping debate on budget policy", 27.11.2001, S.14
- Korea Herald* (2001d), "IMF calls for expansionary fiscal policy", 5.12.2001, S.9
- Korea Herald* (2001e), "Economy seen to grow 3% in 4th quarter", 11.12.2001, S.1
- Korea Herald* (2001f), "Yen's move closely watched: Jin", 14.12.2001, S.1
- Korea Herald* (2001g), "Finance minister expresses concern over weaker yen", 15.12.2001, S.14

- Korea Herald* (2001h), "Seoul leaving FX rates to market unless yen's depreciation dives", 17.12.2001, S.1
- Korea Herald* (2001i), "BOK head vows to keep financial market from turning speculative", 19.12.2001, S.11
- Korea Times* (1999a), "Interest Rate Policy in Dispute Again", 3.5.1999, S.1
- Korea Times* (1999b), "Chaebol Call for Interest Rate Cut to 5 Pct Range", 12.5.1999, S.1
- Lee, Bang-Sik (1991), *Die Probleme der Staatsfinanzierung durch die Notenbank unter Berücksichtigung ihres Handlungsspielraums in Korea*, Köln: Müller-Botermann Verlag
- Maxfield, Sylvia (1994), "Financial incentives and central bank authority in industrializing nations", in: *World Politics* 46, 4, S.556-588
- Maxfield, Sylvia (1997), *Gatekeepers of growth: the international political economy of central banking in developing countries*, Princeton, N.J.: Princeton University Press
- Neumann, Manfred J.M. (1996), "Problems in measuring central-bank independence", Discussion Paper, Sonderforschungsbereich 303 „Information und die Koordination Wirtschaftlicher Aktivitäten“, Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität
- Oh, Junggun (1999), "Inflation Targeting, Monetary Transmission Mechanism and Policy Rules in Korea", in: *Bank of Korea Review* 2, 1, March
- Park, Won-Seok (2001), "Shocks of current 'ultra low' interest rates on Korean economy", in: *Korea Herald*, 10.9.2001, S.9 u.13
- Sergi, Bruno S. (2000), "A new index of independence of 12 European national central banks: the 1980s and early 1990s", in: *Journal of transnational management development* 5, 2, S.41-57
- Solveen, Ralph (1997), *Der Einfluß der Unabhängigkeit auf die Politik der Zentralbank*, Kieler Studien 288, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Song, Hee-Young (1998), "Presidential Economics, Taepyongro", in: *Chosun Ilbo*, Digital Chosun, 19.7.1998, www.chosun.com, Zugriff am 20.3.2002
- The Economist*, "To spend or not to spend?", 16.8.2001
- Visco, Ignazio (1999), "Structural Reform in Korea after the 1997 economic crisis: the agenda and the implementation", Conference Proceedings, KDI International Conference on Economic Crisis and Restructuring in Korea, Seoul: KDI
- Wagner, Helmut (1999), "Central Bank Independence and the Lessons for Transition Economies from Developed and Developing Countries", in: *Comparative Economic Studies* 41, 4, S.1-22
- Weinert, Rainer (1999), „Ideologie, Autonomie und institutionelle Aura: zur politischen Soziologie von Zentralbanken“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51, 2, S.339-363
- World Bank (1993), *The East Asian Miracle, Economic Growth and Public Policy*, New York: Oxford University Press

Anhang:**Bewertung der Zentralbankunabhängigkeit für Korea im Vergleich**

Die Bewertung der Unabhängigkeit der Zentralbank hat mit vielen Messproblemen zu kämpfen. Es wird versucht, die konstitutionelle, geldpolitische, ökonomische und organisatorische Unabhängigkeit zu bewerten. Die meisten Autoren vergeben Punkte anhand eines Fragenkatalogs zur Geldordnung. In Tabelle A werden die Ergebnisse von drei häufig genutzten Indizes, des Index für politische Unabhängigkeit von Bade und Parkin (1985), des Index für politische Unabhängigkeit von Eijffinger und Schaling (1993) sowie des Index für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit von Grilli, Masciandaro, Tabellini (1991) in einem Ländervergleich dargestellt.

Tabelle A: Ländervergleich der Unabhängigkeit der Zentralbank

Index (in Klammern: höchstmögliche Unabhängigkeit)	Süd- korea 1950	Süd- korea 1962	Süd- korea 1997	Deutsch- land	USA	Japan	EU
BP (4)	2	1	4	4	3	3	4
ES (5)	3	1	5	5	3	3	5
GMT pol (9)	2	1	4	6	5	1	6
GMT ök (9)	3	3	5	7	7	5	8

BP = Bade und Parkin (1985), ES = Eijffinger und Schaling (1993), GMT = Grilli, Masciandaro und Tabellini (1991), pol = politisch, ök = ökonomisch.

Quelle: Für Südkorea Erstellung B.S., für andere Länder Solveen (1997: 22).

Bade und Parkin (1985) sowie Eijffinger und Schaling (1993) legen den Fragenkatalog in Tabelle B zu Grunde, wobei im ES-Index die erste Frage (geldpolitische Entscheidungsgewalt) doppelt gewertet wird.

Tabelle B: Bewertung der politischen Unabhängigkeit nach Bade und Parkin (1985)

- (1) Hat die Zentralbank bei geldpolitischen Maßnahmen letztlich die Entscheidungsgewalt?
- (2) Sitzt kein Vertreter der Regierung in dem Entscheidungsgremium der Zentralbank?
- (3) Werden weniger als die Hälfte der Mitglieder des Entscheidungsgremiums von der Regierung ernannt?

Quelle: Solveen (1998: 16).

Grilli, Masciandaro und Tabellini (1991) untersuchen sowohl die politische als auch die ökonomische Unabhängigkeit der Zentralbank anhand von acht bzw. sieben Dimensionen, die einfach addiert werden, was Ränge zwischen 1 und 9 ergibt. Die politische Unabhängigkeit wird anhand der in Tabelle C dargestellten Fragen bewertet.

Tabelle C: Bewertung der politischen Unabhängigkeit nach Grilli, Masciandaro und Tabellini (1991)

- (1) Der Präsident der Zentralbank wird nicht von der Regierung ernannt.
- (2) Die Amtsdauer des Präsidenten umfasst mehr als fünf Jahre.
- (3) Kein Mitglied des Entscheidungsgremiums wird von der Regierung ernannt.
- (4) Die Mitglieder des Zentralbankrats werden für mehr als fünf Jahre ernannt.
- (5) Es gibt keine obligatorische Teilnahme eines Regierungsvertreters an Sitzungen des Zentralbankrats.
- (6) Es ist keine Zustimmung der Regierung zu geldpolitischen Entscheidungen erforderlich.
- (7) Das Ziel der Stabilität des Preisniveaus ist im Zentralbankgesetz festgeschrieben.
- (8) Expliziter Konflikt zwischen Regierung und Zentralbank ist möglich, und die Vorgehensweise bei der Lösung von Konflikten zwischen Regierung und Notenbank ist im Gesetz vorgegeben.

Quelle: Solveen (1998: 17).

Die ökonomische Unabhängigkeit untersucht, inwieweit die Fiskalpolitik der Regierung die Unabhängigkeit der Notenbank beschränkt und inwieweit die Notenbank durch die Bankenaufsicht in die Rolle des „lender of last resort“ gerät. Es werden die Fragen in Tabelle D bewertet.

Tabelle D: Bewertung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit nach Grilli, Masciandaro und Tabellini (1991)

- (1) Die Regierung hat keinen automatischen Zugriff auf Kredite durch die Notenbank.
- (2) Kredite an die Regierung werden zu Marktzinsen eingeräumt.
- (3) Sie werden explizit nur vorübergehend eingeräumt.
- (4) Sie dürfen nur einen begrenzten Umfang haben.
- (5) Die Notenbank beteiligt sich nicht an der Neuemission von Staatsanleihen.
- (6) Die Notenbank bestimmt den Diskontsatz.
- (7) Die Notenbank hat nicht die Funktion der Bankenaufsicht.

(alleine = 0, mit Regierung = 1, nur Regierung = 2)

Quelle: Solveen (1998: 17-18).

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-281-6

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2002

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

CIP-Titelaufnahme:

<p>Korea 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2002. – 305 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-281-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).